

Skandal in Hamburg: Warum Schulen auf Schweigeminuten verzichten sollen!

Hamburgs Schulsenatorin Bekeris kündigt Aufarbeitung eines umstrittenen Briefes an Schulen an, der nach dem Hamas-Angriff für Aufregung sorgt.

Die Hamburger Schulbehörde steht im Zentrum einer heftigen Kontroverse. Anlässlich des Jahrestags des verheerenden Hamas-Angriffs auf Israel wurde ein Schreiben an alle Schulen in Hamburg versandt, das große Wellen schlug. Darin wurde dazu aufgerufen, auf Schweigeminuten und Aufforderungen zur Trauer zu verzichten, was in vielen Kreisen als unangemessen empfunden wurde. Die CDU in Hamburg bezeichnete dies als einen handfesten Skandal, während der Parteichef Dennis Thering klare Worte fand: „Wo, wenn nicht in der Schule, muss Raum für Trauerbewältigung gegeben werden?“

Die schulpolitische Landschaft ist damit beträchtlich ins Wanken geraten, nachdem Schulsenatorin Ksenija Bekeris (SPD) sich von diesem umstrittenen Brief distanziert hat. Sie kündigte an, dass der Inhalt des Schreibens sowohl inhaltlich als auch formell geprüft und Konsequenzen gezogen werden. „Dieser Newsletter wird inhaltlich und formell aufgearbeitet“, ließ sie durch ihren Sprecher ausrichten und betonte, dass der Brief ohne ihre Genehmigung versandt wurde.

Inhalt des Schreibens und dessen Reaktionen

Der Brief, über den zuerst die „Bild“ berichtete, rief dazu auf, von „großen Gesten“ wie Schweigeminuten abzusehen.

Stattdessen wurden kreative Alternativen vorgeschlagen, wie das Basteln von 1.000 Kranichen der Hoffnung. „Wir sind im Gegenteil der Meinung, dass Schweigeminuten und andere Formen des Trauerns ermöglicht werden müssen“, erklärte Peter Albrecht, der Sprecher der Schulbehörde. Die Zentrale Botschaft des Schreibens hatte nicht nur technische Details, sondern berührte auch emotionale Dimensionen, die viele Menschen in der Stadt als unanständig erachteten.

Ein weiterer Punkt der Kontroverse ist die fehlende Abstimmung zwischen dem Landesinstitut für Lehrerbildung, das den Brief verschickt hatte, und der Schulbehörde. Normalerweise gibt es zwar eine weitgehend unabhängige Gestaltung pädagogischer Inhalte, aber in einem so sensiblen Fall hätte eine Absprache zwingend notwendig sein müssen. Albrecht merkte an, dass „bei einem solch brisanten und hochpolitischen Thema“ es besser gewesen wäre, wenn eine Abstimmung mit der Schulbehörde erfolgt wäre.

Hintergründe des Hamas-Angriffs

Am 7. Oktober 2023 kam es zu einem Anschlag der radikal-islamistischen Hamas und anderen Gruppierungen, bei dem über 1.100 Menschen in Israel ums Leben kamen und etwa 250 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt wurden. Dieser brutale Vorfall war der Auslöser für den weiterhin andauernden Gaza-Krieg. Die emotionale Belastung und die Trauer um die Opfer sind tief verwurzelt, was dem Aufruf, keine Gedenkformen anzunehmen, eine zusätzliche Schärfe verliehte.

In einer hochkarätigen Gedenkveranstaltung am Montagabend in der Synagoge Hohe Weide in Eimsbüttel war auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) anwesend, der mit seinem Statement die Bedeutung des Gedenkens unterstrich. Die Versammlung betonte die Dringlichkeit, sowohl das Andenken der Opfer zu wahren als auch die aktuellen Herausforderungen, die sich aus dieser Geschichte ergeben, zu erkennen.

Die Reaktionen auf den Brief und die politische Diskussion darüber zeigen, wie stark die Ereignisse im Nahen Osten die öffentliche Meinung und das Bildungssystem in Deutschland beeinflussen. Schulsenatorin Bekeris kündigte an, dass die Aufarbeitung dieses Vorfalls im Rahmen einer umfassenden Diskussion stattfinden wird. „Wir sind im Gespräch mit vielen Beteiligten, um auch die Position klarzustellen“, erklärte sie in einem NDR-Podcast.

Für weitere Informationen und Details zu diesem Thema ist der Artikel [auf **www.ndr.de**](http://www.ndr.de) nachzulesen.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at